

## **Parteien-Allianz bekräftigt faire Stadt-Entlastung**

Die Mitte, FDP, SP, Grüne, GLP und EVP rufen gemeinsam zur Annahme des V. Nachtrags zum Finanzausgleichsgesetz am 18. Mai auf.

So umstritten der temporär erhöhte Zentrumslastenausgleich für die Stadt St. Gallen im Kantonsrat anfänglich war, so geeint stellen sich nun alle Parteien im Kanton - freilich mit Ausnahme der SVP (und der EDU) - hinter den «breit abgestützten Kompromiss». Den betonen sie auf ihrem Abstimmungsplakat, ein dickes Ja zum Nachtrag zum Finanzausgleichsgesetz und kein Wort zum «Sonderfall» der Hauptstadt, den wiederum die Gegner mit ihrer Bär-am-Honigtopf-Kampagne hervorstreichen.

Umso mehr argumentiert die Allianz mit dem Zusammenhalt im Kanton, den sie an der Medienkonferenz am Dienstagmorgen auf dem St. Galler Gallusplatz mit einem symbolischen Zaun für das austarierte Finanzausgleichssystem unter den St. Galler Gemeinden illustriert: Die Höhe der 65 einzelnen Latten entspricht dem jeweiligen Ausgleichsfrankenbeitrag pro Einwohnende. Pfäfers hat die längste Latte, St. Gallen ist im Mittelfeld, 10 der 75 Gemeinden fehlen - sie erhalten keine Beiträge aus dem kantonalen Ausgleichstopf, weil sie nirgends Bedarf haben.

Der Finanzausgleich soll verbinden, nicht trennen, so die Kernbotschaft der Allianz. Er gleiche strukturelle Unterschiede zwischen den Gemeinden aus- etwa bei der Steuerkraft, einem weitverzweigten Strassennetz, einer hohen Zahl von Schulkindern oder für Zentrumsaufgaben. Demnach sollen in der Abstimmung vom 18. Mai keine Gräben aufgerissen oder Grenzen gezogen werden, sprich «kein Konflikt vom Zaun gebrochen werden», wie Mitte-Präsidentin Franziska Steiner-Kaufmann sagte. Die Gommiswalderin hatte die Idee für den Zaun, ihr Mann zimmerte ihn zusammen.

Vom Linthgebiet bis zum Sarganserland vertraten Parteimitglieder aus allen Regionen des Kantons die Vorlage. Diese sei das Resultat eines breit abgestützten politischen Prozesses, getragen von der Regierung, einer grossen Mehrheit im Kantonsrat und der Gemeinden, ein austariertes «Gesamtpaket», so der Altstätter Stadtpräsident Ruedi Mattle (GLP) und sein Lichtensteiger Amtskollege

Mathias Müller (Mitte). Eine «blühende Hauptstadt sei das Herzstück» eines stabilen Kantons, unterstrich SP-Kantonsrätin Katrin Schulthess (Grabs); mit ihrer Polemik gegen den Sonderlastenausgleich der Stadt schaffe die SVP einen «gefährlichen Präzedenzfall», der sich in der Folge auch gegen Landgemeinden richten könnte, wie Grünen-Präsident Daniel Bosshard sagte.

Die Angebote und Leistungen der Kantonshauptstadt mit ihren 85'000 Arbeitsplätzen als wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der Region bekräftigten FDP-Stadtrat Mathias Gabathuler und der Wiler SP-Fraktionschef Dario Sulzer. Wer einen Match des FC St. Gallen, das Theater oder das Open Air besucht, profitiere von der Verkehrsinfrastruktur oder den Sicherheitsvorkehrungen der Stadtpolizei. Am Beispiel der mit 18 Ausgleichs-Millionen entlasteten Strassenausgaben illustrierte Sulzer die Zentrumslasten: Mehr als 50 Prozent des Privatverkehrs in der Stadt verursachen Auswärtige.

Indem die SVP den Eindruck schüre, der Finanzausgleich benachteilige den ländlichen Raum, verkenne sie bewusst, dass «auch gerade ländliche Gemeinden gezielte Beiträge erhalten», heisst es in der Medienmitteilung der Allianz. Dabei liege die Stadt St. Gallen neu mit 483 Franken pro Kopf fast exakt im Mittelfeld der Rangliste. Die Korrekturen bei der Ausgleichsberechnung im soziodemografischen Sonderlastenausgleich - bis zu 1,9 Millionen, was weniger als 1 Prozent des Finanzausgleichsvolumens von 235 Millionen jährlich entspricht

- seien im Kantonsrat unbestritten gewesen. Der Finanzausgleich sei eine «tragende Säule für das Funktionieren des ganzen Kantons» und die zusätzlichen Mittel für die Stadt gingen eben nicht zulasten anderer Gemeinden.

Ob der «Zaun des Zusammenhalts» nach dem Auftritt auf dem Gallusplatz auch in ländlichen Gemeinden des Kantons zu sehen ist, bleibt offen.

Im Gegensatz zum Ausgleichsgeld verlange er einiges an Transportaufwand, wie es am Rand der Medienkonferenz hiess.